

Wirtschaftsbeziehungen will, muss dies berücksichtigen. Gerade das große wirtschaftliche Gewicht der EU, die etwa einen Großteil der palästinensischen Infrastruktur finanziert, sollte zu politischem Selbstbewusstsein Anlass geben.

Wie wahrscheinlich eine Umsteuerung der westlichen Außenpolitik in Richtung auf einen neuen Ansatz in der Demokratieförderung ist, der die autokratischen Regierungen im Nahen Osten und Nordafrika beeindrucken könnte, ohne in militärischen Schnellschussaktionen wie in Libyen zu enden, lässt sich derzeit nicht sagen. Natürlich besteht die Möglichkeit, dass eine nachhaltige Umorientierung westlicher Außenpolitik manche Diktatoren verleiten könnte, das Erdöl ihres Landes

lieber an die ressourcenarmen Konkurrenten der USA und Europas, vor allem an China, zu verkaufen. Der chinesische Wirtschaftsboom kann also in politischer Hinsicht schädlich für die islamische Welt sein. Mit einem ernsthaften Einbruch der Ölmärkte wäre allerdings wegen der wechselseitigen finanziellen Abhängigkeiten nicht zu rechnen. Selbst Iran ist trotz aller politischen Spannungen stets ein großer Außenhandelspartner Europas geblieben.

Letztlich bleibt die Frage, ob der Westen sich im Sinne seiner eigenen Ideale engagieren will und zu einer Neubestimmung seiner Interessen bereit ist. Beides muss nicht im Widerspruch stehen. Neue Konzepte auch jenseits der Militärpolitik müssen erdacht werden.

*Klaus Harprecht*

## Die Glosse: Von der Lust, Unrecht zu haben

### Klaus Harprecht

(\* 1927) ist Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. 2009 erhielt er den Lessing-Preis der Stadt Hamburg.

Bei S. Fischer erscheint soeben: *Arletty und ihr deutscher Offizier*.



Es könnte sein – der Konjunktiv ist zweimal zu unterstreichen –, dass sich dieser Einwurf als völlig überflüssig erwiesen hat, wenn er schließlich unsere Leser erreicht. Mit anderen Worten: der Autor riebe vergnügt die Hände, würde der Gang der Dinge demonstrieren, dass er für die Katz geschrieben hat, weil die Kanzlerin selber zu der Einsicht gelangte, sie könne der Welt in einer äußerst komplizierten Lage keinen deutschen Außenminister zumuten, dem seine Partei den Stuhl vor die Tür stellte – zumal er mit seiner Stimmenthaltung bei der Verabschiedung der Libyen-Resolution

im Weltsicherheitsrat (nicht ohne die Mitwirkung von Frau Merkel) die Bundesrepublik in eine absurde Isolation manövrierte: Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wurde die deutsche Außenpolitik dem Prinzip der Solidarität mit den Führungsmächten der Europäischen Union und der NATO untreu – anders als im Irak-Krieg, dem sich die Regierung Schröder/Fischer in einer zuverlässigen Allianz mit Frankreich verweigert hat. Wenn ein kleines Mirakel geschieht, wird Westerwelle seine Selbstbesessenheit zähmen und den Schreibtisch im Auswärtigen Amt aus freien Stücken räumen.

Auch ein anderer Politiker seiner Couleur hätte Anlass, sich diskret aus Angela Merkels Abschiedskabinett zurück zu ziehen. Es ist eine beschämende Wahrheit, dass der pfälzische Wirtschaftsminister Rainer Brüderle in einer Sitzung des Präsidiums des Bundes deutscher Industrie das Moratorium, das die Kanzlerin zusammen

mit ihrem Vertreter angesichts der japanischen Katastrophe für die Laufzeiten der Kernkraftwerke verfügt hatte, kurzerhand als »irrational« charakterisiert hat, als eine Reaktion auf den »Druck«, der »angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen auf der Politik lastet«. Er sei ein Befürworter der Kernenergie, und »es könne keinen Weg geben, der sie in ihrer Existenz gefährdet«.

Ein starkes Stück, dem gemeinsamen Entschluss der Regierungschefin und ihres Stellvertreters angesichts der unkalkulierbaren Entwicklung des japanischen Dramas die Rationalität abzusprechen. Wie würdelos der Mangel an Disziplin war, den sich Brüderle leistete, trat in aller Krassheit zutage, als einer der großen Energiekonzerne ankündigte, er werde gegen die Bundesregierung klagen, um seine Aktionäre für die Millionen-Verluste zu entschädigen, die ihnen durch das Moratorium entstünden. Wir haben manche Ruchlosigkeit eines pervertierten Ultrakapitalismus kennen gelernt. Der Zynismus, der sich hier ungetarnt offenbarte, müsste selbst den hartgesottenen Brüderle schockieren. Käme es zum Prozess: Was hätte er zu sagen, müsste er die Hand zum Schwur heben? Geböte ihm nicht ein Rest von Ehrgefühl, auf das Ministeramt zu verzichten, ehe es soweit ist? Ehe er in den Verdacht gerät, seine Illoyalität könnte letztlich eine Frage der Intelligenz sein?

Der Kanzlerin bleibt eine letzte Umbildung ihrer Regierung kaum erspart. Die Personalreserven der Freien Demokraten, die als Partei nur noch mit künstlicher Beatmung existenzfähig ist, scheinen erschöpft zu sein. Zur Not könnte der untadelige Hermann Otto Solms (der Prinz, der keiner sein mag) das Auswärtige Amt bis ans Ende der Legislaturperiode führen: Einschlägige Erfahrungen ergeben sich in Familien wie der seinen bis zu einem gewissen Grad aus den »Genen« (siehe den tschechischen Außenminister Schwarzenberg). Solms könnte auch das Wirtschaftsministerium dirigieren.

### **Gelingt Merkel der Zauberschlag?**

Zum anderen: Die Gelegenheit wäre günstig, dem Bayernchef Seehofer einen Tausch anzubieten. Wenn die CSU das Innenministerium freigäbe, dann könnte der Münchener Seelöwe seinen forschen Finanzminister Georg Fahrenschon nach Berlin in die Lehre schicken. Dieser flotte Sozialchrist verkündete bei einer Veranstaltung der BMW-Stiftung, Bayern werde sich nicht an der Einlage für den Euro-Rettungsschirm beteiligen. Es könne nicht gehen, »dass wir« – also die Bayern und die sonstigen Deutschen – »22 Milliarden Euro Schulden schultern müssen, weil die Griechen ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben.«

Nein, er drohte nicht mit dem Austritt aus der Europäischen Union. Minister Fahrenschon erinnerte nicht einmal daran, dass sein Bayernland dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland niemals zugestimmt hat. Vielleicht ließe sich daraus mit einigem juristischen Aufwand das Recht einer Lösung aus dem Bund herleiten? Und umgekehrt die Möglichkeit eines Rauswurfs? Obwohl der Euro-Rettungsschirm mit dem Finanzausgleich der deutschen Länder nur dies und das zu schaffen hat, sollte der Minister zur Kenntnis nehmen, dass Bayern bis zum Jahre 1986 (und noch einmal 1992) zu den »Nehmerländern« gehörte und insgesamt rund 3,4 Milliarden Euro von den Geberländern kassierte. Erst seit 1989 zählt es selber zu den Gebern, und es brachte seitdem gut 20 Milliarden für die ärmeren Länder auf – ein Drittel der Summe, die von Baden-Württemberg in die Kassen der Schwächeren transferiert wurde.

Wenn Fahrenschon den Dienst im Bund als eine Schule der Demut absolvierte, gewänne die Kanzlerin die Chance, das Innenministerium mit einem Christdemokraten zu besetzen, der es nicht als seine dringendste Aufgabe betrachtet, die spärlichen Produkte der deutsch-islamischen Porzellan-Manufaktur vom Augenblick seiner Berufung an in Stücke zu hauen.

Dem Bundespräsidenten, der ihm just die Ernennungsurkunde überreicht hatte, fuhr Hans-Peter Friedrich mit der Bemerkung an den Karren, er sehe nicht, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Dafür gebe es keinen historischen Beleg. Das ist in gewisser Hinsicht richtig. Die Muslime nahmen weder am Konzil von Konstanz teil, noch waren sie Partner des Augsburger Religionsfriedens. Die deutsche Kultur aber, predigt der evangelisch-lutherische Notar aus Hof wieder und wieder, sei christlich-abendländisch. Die neuerdings gern zitierte jüdische Wurzel erwähnte er nicht. Immerhin räumte er ein, dass »Bürger muslimischen Glaubens... Teil unserer Gesellschaft« seien. Seine erste Islamkonferenz nutzte er, um vor allem für eine »institutionalisierte Sicherheitspartnerschaft zwischen muslimischen Verbänden und deutschen Behörden« zu werben. Mit anderen Worten: Minister Friedrich weist den islamischen Verbänden als ihr Bewährungsfeld die Rekrutierung einer polizeilichen

Hilfstruppe zur Kontrolle extremistischer Gefahren zu.

Wolfgang Schäuble, der Gründervater der Islam-Konferenz, könnte Frau Merkel vermutlich rasch einen Kandidaten offerieren, der anders als Hans-Peter Friedrich verstanden hat, welche Formen des Zusammenlebens durch die Konferenz angeregt werden könnten. Auch dies ist am Ende wohl nicht nur eine Frage der moralischen, sondern auch der intellektuellen Qualität.

Vielleicht ist der Kanzlerin der Zauber Schlag gelungen? Vielleicht präsentierte sie uns zuletzt denn doch ein Kabinett der Köpfe, zu dem wir gelegentlich respektvoll aufblicken können. Das ist sie uns, das ist sie sich selber schuldig. Wir wollen gern mit einem Hauch von Nostalgie an sie denken (schon der Großen Koalition wegen). Umso besser, wenn sie dem Autor dieser Zeilen längst zugekommen ist. Es könnte ein wahres Lusterlebnis sein, Unrecht zu haben.

Wolfgang Thierse

## Erinnerung an Walter Dirks

### Wolfgang Thierse

(\* 1943) war von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2005 ist er Vize-Präsident. Er ist zudem Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie.

wolfgang.thierse@bundestag.de



Die Möglichkeit, Walter Dirks persönlich kennen zu lernen, hatte ich leider nicht. Er ist – für mich – zu früh gestorben: am 30. Mai 1991, mit 90 Jahren. In Nachrufen schrieb man damals von einem einzigartigen kritischen Hoffnungsträger linker Positionen. Schon lange, bevor ich Mitglied der Sozialdemokratischen Partei werden

konnte, war mir sein Name aber wohl vertraut. Es muss Anfang der 60er Jahre gewesen sein, als ich eher zufällig hinten im Bücherschrank meines Vaters (in einer thüringischen Kleinstadt) eine ganze Reihe von Nummern der *Frankfurter Hefte* aus den Jahren 1946 bis 1949 entdeckt und gelesen habe und überrascht, ja fasziniert war von der seltsamen Mischung seiner Texte, einer Mischung – er hätte wohl von »Verbündung« gesprochen – zwischen Katholizismus und Sozialismus. Damals stieg in mir eine Idee auf, ein starkes Gefühl, was das hätte sein können, was das sein sollte, diese Kombination aus Sozialismus – jener Leidenschaft für Gerechtigkeit, für gleiche Freiheit – und Chris-